



Kerstin Griese

Mitglied des Deutschen Bundestages

Kerstin Griese MdB · Deutscher Bundestag · 11011 Berlin

☎ 030 227-72680 · 📠 030 227-76980

kerstin.griese@bundestag.de

Berlin, 4. Dezember 2015

Erklärung nach §31 GO BT

zur Abstimmung über das von der Bundesregierung zur konstitutiven Beschlussfassung vorgelegte Mandat zum „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS auf Grundlage von Art. 51 der Satzung der Vereinten Nationen in Verbindung mit Art. 42 Abs. 7 des Vertrages über die Europäische Union sowie den Resolutionen 2170 (2014), 2199 (2015), 2249 (2015) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.“

Mit großer Sorge blicke ich auf die weltweite Lage, auf die Zunahme von Terror, Gewalt und Unfreiheit, besonders in Syrien und im Nordirak. Die Anschläge in Paris haben mich erschüttert, ebenso die Anschläge in Ägypten, Bamako, Sarajevo, Bagdad, Beirut und auch die nahezu täglichen Attacken wie sie in Israel und in den palästinensischen Gebieten stattfinden.

Seit Beginn der friedlichen Proteste syrischer Oppositionsgruppen 2011 hat das Assad-Regime die eigene Bevölkerung angegriffen und auf eine militärische Eskalation gesetzt. Die syrischen Regierungstruppen haben systematisch zivile Ziele beschossen und im Laufe des Krieges sogar chemische Waffen eingesetzt. Im Zusammenhang mit dem völkerrechtswidrigen Giftgaseinsatz Syriens ist es den Vereinten Nationen gelungen, auf der Grundlage eines Sicherheitsratsbeschlusses die chemischen Waffenbestände Syriens zu sichern und diese unter maßgeblicher Hilfe auch von deutscher Seite zu vernichten.

Der syrische Bürgerkrieg ist mittlerweile zu einem regional und international beeinflussten Krieg eskaliert, in dem die aus dem Irak stammende terroristische Gruppe Daesch¹, die sich „Islamischer Staat“ (IS oder ISIS) nennt, seit 2014 mehr und mehr an Macht und Einfluss gewonnen und in den von ihr kontrollierten Gebieten im Irak und in Syrien ein Terrorregime errichtet hat. Sie ermorden alle, die sich nicht ihren Vorstellungen einer gewalttätigen und fundamentalistischen Auslegung des Islam unterwerfen, seien es Christen, Jesiden, Schiiten oder andersdenkende Sunniten. Aus den historischen Ursprungsgebieten des Christentums sind inzwischen fast alle aramäischen Christinnen und Christen vertrieben, ermordet und immer noch viele entführt. Die Terroristen vertreiben dort seit Jahrtausenden angesiedelte Volksgruppen, entführen, misshandeln, missbrauchen und ermorden massenhaft Mädchen und Frauen und wüten mit unvorstellbarer Grausamkeit. Nachdem sich ihre terroristischen und militärischen Aktivitäten zunächst ausschließlich auf den Irak und Syrien konzentrierten, wurde vor einiger Zeit ein Strategiewechsel vollzogen. Die Terrorgruppe Daesch/IS und ihr nahestehende Gruppen und Einzelpersonen tragen ihren Terror vermehrt und konzentriert in die Nachbarländer, nach Nordafrika und bis nach Europa. Die Terroranschläge mit Hunderten von Toten und Verletzten sind brutaler Ausdruck dieses Strategiewechsels.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat mit der Resolution 2170 vom 15. August 2014 und der Resolution 2199 vom 12. Februar 2015 sowie mit der Resolution 2249 vom 20. November 2015 wiederholt festgestellt, dass von der Terrororganisation ISIS eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit ausgeht.

Ich bin überzeugt, dass es für den zugrundeliegenden Syrienkonflikt letztlich eine politische Lösung geben muss und dass zivile Konfliktlösungen immer Vorrang haben. Hierfür hat sich die Bundesregierung und insbesondere unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier seit Amtsübernahme mit ganzer Kraft eingesetzt. Ziel war und ist es, den Vereinten Nationen und ihrem Sonderbeauftragten, Staffan Domingo de Mistura, eine führende Rolle in diesem Konflikt zu verschaffen. Eine erste Konferenz zur Bündelung der Kräfte zur humanitären Hilfe fand auf deutsche Initiative im November 2014 in Berlin statt. Im Rahmen des politischen Prozesses zur Konfliktregelung (Konferenzen in Wien) hat sich der Außenminister mit Nachdruck für die Einbeziehung unter anderem des Iran und von Saudi Arabien eingesetzt. Beide Länder spielen jeweils eine wichtige Rolle in diesem

¹ Der Begriff „Daesch“ (das Akronym der arabischen Worte für ISIS) für diese Terrorgruppe wird zunehmend in der Region und von der Politik gebraucht, um dem weltweiten Herrschaftsanspruch zu widersprechen, den sich die fundamentalistische Terrorgruppe selbst mit dem Namen "Islamischer Staat" gegeben hat.

Krieg, deshalb muss mit ihnen trotz aller unterschiedlicher Werte gesprochen werden. Wir unterstützen den politischen Ansatz des UN-Sondergesandten de Mistura, auf dessen Initiative vier Arbeitsgruppen unter Einbeziehung der Konfliktparteien (ohne Daesch/IS) zu Kernfragen des Konflikts gegründet wurden. Aus den Ergebnissen der vier Arbeitsgruppen kann die Grundlage für eine Vereinbarung entwickelt werden, um einer politischen Konfliktregelung näher zu kommen.

Mit den Erklärungen der Wiener Konferenzen vom 30. Oktober und 14. November 2015 wurde den Vereinten Nationen eine zentrale Rolle zugewiesen und der Weg für eine politische Konfliktregelung vereinbart. Dieser wichtige politische Prozess bezieht nicht die Terrorgruppe Daesch/IS ein, die weder Verhandlungspartner sein will noch sein kann. Daher hat der Deutsche Bundestag im letzten Jahr entschieden, die kurdische Regionalregierung im Nordirak in Abstimmung mit der irakischen Zentralregierung mit militärischer Ausbildung und Ausrüstung in ihrem Abwehrkampf gegen die Terroristen im Irak zu unterstützen. Dieses Engagement hat sich als sinnvoll und notwendig erwiesen. Mehrere von Daesch/IS besetzte Gebiete im Norden Iraks konnten zurückerobert werden – die aus den Dörfern und Städten geflüchteten Menschen beginnen, in ihre Heimat zurückzukehren.

Nach den Terroranschlägen am 13. November 2015 in Paris hat Präsident François Hollande die Bundesregierung gebeten, sich neben ihrem politischen Engagement zur Lösung des Syrienkonfliktes und dem militärischen Beitrag zur Zurückdrängung von Daesch/IS im Nordirak (Waffenlieferungen und Ausbildung der kurdischen Peschmerga) auch mit militärischen Mitteln zur Unterstützung Frankreichs, des Irak und der internationalen Allianz am Kampf gegen Daesch/IS zu beteiligen. Die Bundesregierung hat nach intensiver Prüfung militärische Fähigkeiten in Form von Aufklärungs- und Luftbetankungsflugzeugen sowie einer Fregatte zum Schutz eines französischen Flugzeugträgers angeboten.

Die Anschläge vom 13. November galten nicht nur Frankreich, sondern uns allen. Sie richteten sich gegen unsere Werte und unsere Art zu leben. Sie richten sich gegen die unteilbaren Menschenrechte. Deshalb ist jetzt auch die Solidarität aller Europäer gefordert. Die Anschläge in Paris sind aus meiner Sicht zwar der Auslöser, aber nicht die Ursache der Notwendigkeit eines verstärkten deutschen Engagements. Deutschland ist schon seit langem Teil der internationalen Allianz gegen den Terror, damit ist Deutschland auch schon lange im Visier international agierender Terroristen.

Trotz meiner Skepsis gegenüber militärischen Einsätzen und den unbedingt zu diskutierenden Fragen nach langfristigen Strategien habe ich mich nach intensiven Diskussionen und in einem schwierigen Abwägungsprozess entschieden, diesem Mandat der Bundesregierung zuzustimmen.

Für mich ist entscheidend, dass zivile Krisenlösungen immer Vorrang haben und zivile Prozesse gestärkt werden müssen. Gewaltfreie Lösungen, der politische Weg und die Diplomatie müssen immer Vorrang haben. Der Einsatz militärischer Gewalt kann nur die äußerste Möglichkeit angesichts schwerster andauernder Menschenrechtsverletzungen sein.

Ich weiß, dass die Bundesregierung ihr Engagement nicht auf das Militärische konzentriert, sondern das militärische Engagement im und über dem Operationsgebiet der Terrororganisation Daesch/IS nur als einen Teil ihres gesamten Engagements in der Region betrachtet. Mit dem Wiener Prozess hat sich eine Chance für eine politische Regelung des Syrienkrieges eröffnet, die die Bundesregierung zusammen mit ihren Partnern nutzen will und muss.

Ich unterstütze die Bundesregierung ausdrücklich darin, ihre Aktivitäten gegen den internationalen Terrorismus im Allgemeinen und gegen Daesch/IS im Besonderen zu verstärken. Hierzu gehören vor allem die bereits in der UN-Sicherheitsratsresolution 2170 vom 15. August 2014 unter Kapitel VII der UN-Charta beschlossenen Maßnahmen gegen ISIS, Al Qaida und mit ihnen verbündeten Terrorgruppen. Insbesondere die Anwerbung und Ausreise von ausländischen terroristischen Kämpfern nach Syrien muss unterbunden werden. Ebenso müssen die in der Resolution aufgeführten Maßnahmen zur Unterbindung der Finanzierung des Terrorismus konsequent und von allen Staaten angewendet werden. Der illegale Verkauf von Öl und anderen Ressourcen sowie der ungehinderte Finanzfluss an Daesch/IS – oftmals durch staatliche Institutionen geduldet oder gar organisiert – muss mit allen Mitteln unterbunden werden. Darüber hinaus ist es unabdingbar, dass Daesch/IS-Kämpfern der unkontrollierte Zugang zu anderen Staaten in der Region verwehrt wird. Hier kommt der Türkei eine maßgebliche Rolle zu. Gleichzeitig muss es gelingen, Waffenlieferungen an Länder dieser Region zu reduzieren.

Die deutschen Behörden arbeiten in der Terrorismusbekämpfung bereits sehr eng und in einem breiten Spektrum von Maßnahmen mit Frankreich zusammen. Diese enge Kooperation gilt es auf alle EU-Staaten und darüber hinaus auszudehnen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass sich der IS-Terror zu einem „Kampf der Kulturen“ oder gar einem Kampf der Religionen oder der Gläubigen gegen Nicht-Gläubige entwickelt. Nach wie vor sind die meisten Opfer von Daesch/IS selber Muslime. Die Anschläge von

Paris dürfen nicht dazu instrumentalisiert werden, um hierzulande gegen Flüchtlinge zu hetzen und Muslime auszugrenzen. Im Gegenteil: Unsere Anstrengungen zur Integration des Islam in unsere Gesellschaft und insbesondere junger Muslime müssen gesteigert werden. Ebenso müssen junge Menschen (sogenannte „Ausländische Kämpfer“) daran gehindert werden, in die Kriegsgebiete ein- und auszureisen. Es ist Aufgabe des Rechtsstaates, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen vorzugehen.

Nur mit diesem gesamtpolitischen Ansatz wird es möglich sein, das terroristische Treiben einzudämmen und künftige Terroranschläge in der Region und darüber hinaus wirkungsvoll zu unterbinden. Auf dieser Grundlage wird es hoffentlich möglich sein, endlich einen Weg zu finden, den brutalen Bürgerkrieg in Syrien mit über 250.000 Toten zu beenden und eine politische Regelung zu ermöglichen.

In Anbetracht der über 6 Millionen Binnenflüchtlinge und über 4 Millionen Flüchtlinge in den Nachbarländern und in Europa müssen wir weiterhin humanitäre Hilfe und die sogenannte Übergangshilfe leisten. Seit 2012 haben wir hierzu über 1,1 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Im Haushalt 2016 haben wir den Ansatz für Humanitäre Hilfe und die zivile Krisenprävention um über 400 Millionen Euro erhöht. Es gilt, unser Engagement für die Flüchtlinge und Hilfsbedürftigen in der Region in Abstimmung mit unseren internationalen Partnern und den Partnerorganisationen vor Ort fortzusetzen und wo möglich und nötig zu verstärken.

Nach Abwägung all dieser Umstände stimme ich dem vorgelegten Mandat zum Einsatz bewaffneter Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation „Islamischer Staat“ zu.



Kerstin Griese